

## Vom Lavo Bremen eingereichte Änderungsanträge zum Leitantrag

Zeilennummern aus Antragsheft I

### Zeile 2: Untertitel

Wir sind die Hoffnung!

~~2 Für eine Zukunft jenseits von Trump, Merz und Musk! Demokratie verteidigen, für Umverteilung kämpfen, Die-die Linke als sozialistische Mitgliederpartei weiterentwickeln, um die wirksame soziale~~  
~~3 Opposition zu sein — unser Plan für die nächsten Jahre~~

### Zeile 4: Positive Einfügung

4 Wir wollen Hoffnung nicht nur propagieren, sondern organisieren. Die Linke ist wieder da. Unser Ergebnis bei  
der  
5 vorgezogenen Bundestagswahl 2025 hat alle unsere Erwartungen übertroffen. Wir haben den  
6 Wahlkampf als Überlebenskampf begonnen. Dass wir am Ende 8,8 Prozent der Zweitstimmen  
7 erzielen, 6 Direktmandate gewinnen und stärkste Kraft unter den Jungwähler\*innen sein  
8 würden, dass jede dritte Frau unter 30 Jahren uns ihre Stimme geben würde - das hätte  
9 niemand für möglich gehalten. Das uns durch die vielen Stimmen und Eintritte  
10 ausgesprochene Vertrauen ist uns Anspruch und Ansporn. Wir wollen zeigen: Eine gerechtere  
11 Welt ist möglich – wenn wir selbst damit anfangen, daran zu arbeiten. Wahlen sind für uns  
12 ein wichtiger Gradmesser dafür, wo wir stehen. Doch entscheidend ist die Arbeit, die wir  
13 zwischen den Wahlen leisten und was sich dadurch verändert.

### Zeilen 14-15: Kräfteverhältnisse sind widersprüchlich

14 Die Linke ist wieder da: Das gilt nicht nur für uns als Partei. In der gesellschaftlichen Debatte sind Themen  
und Forderungen wieder präsent, die lange Zeit an den Rand gedrängt waren. Die Schuldenbremse wird in  
Frage gestellt, ebenso die Auffassung, der Markt werde schon alles regeln. Umverteilungsforderungen und  
Kritik an extremem Reichtum sind populär: Vermögensteuer, Besteuerung von Digitalkonzernen, Entmachtung  
von Monopolen und Milliardären sind Tagesforderungen. Die klassische „Westorientierung“ mit den USA als  
Vormacht und vermeintlicher „Wertegemeinschaft“ ist nicht mehr haltbar. Erneut gehen Menschen in großer  
Zahl auf die Straße, um gegen den Rechtsruck und eine Zusammenarbeit mit der AfD zu protestieren. Wir als  
Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle dabei einnehmen, die Demokratie zu verteidigen,  
für Umverteilung zu kämpfen und eine fortschrittliche Hegemonie auch bei anderen Themen  
zurückzugewinnen. Denn seit  
15 ~~unserer Parteigründung hat sich vieles verändert — oft nicht zum Besseren. Unsicherheit und soziale Spaltung~~  
~~nehmen weiter zu.~~ Während die  
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben  
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen  
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele  
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht  
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer  
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben  
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,  
23 immer mehr Menschen leben in Armut.

### Zeilen 24-37: Hegemoniefragen, fordernd auftreten

24 ~~Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach~~  
25 ~~rechts — wir nicht. Die anhaltende Stärke der Rechten kommt aus diesem sozialen Druck und gleichzeitig aus~~  
der Tatsache, dass die Deutung der Probleme nach wie vor von rechten Sichtweisen bestimmt ist, die nicht auf  
Solidarität gegen Oben, sondern auf Abgrenzung und Kampf gegen Unten orientieren. Von der CDU bis zu den  
Grünen werden die Forderungen nach einer  
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen

27 Geflüchtete, Bürgergeldempfänger\*innen, queere Menschen, Klimapolitik und eine angebliche  
28 „Verbotspolitik“ weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu  
29 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die  
30 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre  
31 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die  
32 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame  
33 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die  
34 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,  
35 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen  
36 wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses  
37 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird kein Widerstand  
38 dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht. Dagegen gilt  
39 es, sich zu organisieren – mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen  
Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

## **Zeilen 43-52: Nicht nur „Stimme“ sein, sondern verändern**

40 Die Linke ist die treibende politische Kraft für eine solche solidarische Alternative. Als  
41 Partei nehmen wir eine zentrale Rolle im Protest gegen Aufrüstung, Sozialabbau,  
42 Klimazerstörung und Rechtsruck ein. Wir schmieden Bündnisse, bündeln Anliegen und  
43 erarbeiten konkrete Alternativen und Konzepte. Unser Parteaufbau und unsere  
44 parlamentarische Arbeit gehen Hand in Hand: Wir tragen die Anliegen der Menschen in die  
45 Parlamente und geben ihnen eine politische Stimme. Wir stehen an der Seite der Menschen und ihrer  
46 Anliegen und nutzen unsere Möglichkeiten, mit ihnen und für sie Politik zu machen. Wo wir können,  
47 übernehmen wir auch Verantwortung in Parlamenten und Regierungen, um dagegezuhalten gegen soziale  
48 Spaltung und Rechtsverschiebung und um sichtbar zu machen, dass es auch anders geht. Gleichzeitig  
49 organisieren wir uns vor  
50 Ort mit den Menschen und kämpfen gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft. Denn es ist  
51 Zeit, dass die Reichen und Mächtigen uns endlich zurückgeben, was sie uns genommen haben.  
52 Unser Ziel ist nicht bloße Hilfe, sondern Selbstermächtigung und Organisation. Der Aufbau  
53 einer starken Mitgliederstruktur ist die Voraussetzung dafür, als gesellschaftlich  
54 relevante Kraft einen grundlegenden Politikwechsel im Sinne der Mehrheit zu erkämpfen. Das  
55 ist unsere Aufgabe. Denn wir als Als Linke haben uns zum Ziel gesetzt, dieses Land zu  
56 verändern: Das ist der Maßstab, an dem wir uns messen, und danach richtet sich unser Handeln.

## **ÄA Nr. 2: Zeile 60: redaktionell**

Ebenso wichtig war, was wir nicht mehr gemacht haben. In diesem Bundestagswahlkampf haben wir endlich  
wieder unser Potential ausgeschöpft! Wir sind geschlossen aufgetreten:

61 Basis, Vorstand, Bundestagsgruppe und Landesverbände haben eng zusammengearbeitet. Wir  
62 haben keine widersprüchlichen politischen Signale gesendet und uns nicht selbst die  
63 Glaubwürdigkeit abgesprochen. Wir haben unsere Tonalität und unser Auftreten verändert:  
64 Wir waren nicht überheblich oder herabsetzend, sondern einladend und fordernd; nicht  
65 selbstbezogen und gereizt, sondern selbstsicher und humorvoll. All das hat dazu  
66 beigetragen, eine Linke wiederherzustellen, die sympathisch, verlässlich und Teil der  
67 Gesellschaft ist - eine Partei, die den Menschen wieder Hoffnung gibt.

## **Strategische Leitplanken**

### **Zeilen 68-71 Klassenbegriff**

68 Um eine solche Linke weiterzuentwickeln, werden wir uns für die nächsten Jahre an  
69 folgenden strategischen Leitplanken orientieren:

70 1. Die Linke muss eine organisierende Klassenpartei moderne Linkspartei werden, die die vielfältige Mehrheit  
71 der Menschen anspricht und an ihrer Seite für ihre Interessen eintritt. Dafür muss sie die bestehenden  
Widersprüche zwischen Gleichstellung und Umverteilung, Klasse und Geschlecht, breitem Allgemeininteresse  
und spezifischer Benachteiligung sowohl marginalisierter Gruppen als auch einer enger verstandenen  
„Arbeiter\*innenklasse“ verstehen, solidarisch bearbeiten und praktisch nach vorn wenden.

## Zeile 73

72 2. Die Linke muss ihre Verankerung und Durchsetzungskraft vergrößern und sich dazu  
73 auch strukturell erneuern und verändern.

## Zeilen 75-76: Hegemonie, Parlament und Exekutive, AfD von Regierungsmacht fernhalten

72 2. Die Linke muss ihre Verankerung und Durchsetzungskraft vergrößern und sich dazu auch  
73 strukturell erneuern.

74 3. Die Linke braucht Fokus, um zu gewinnen.

75 4. Die Linke muss ihre Ideen gesellschaftlich darum kämpfen, dass fortschrittliche Vorstellungen und Forderungen sich gegen rechte Versionen durchsetzen und wieder mehrheitsfähig machen werden.

5. Die Linke muss und in den

76 Parlamenten und ggf. aus der Exekutive heraus eine solidarische Politik stärken und Verbesserungen für die Menschen durchsetzen. 6. Die Linke hat die Verantwortung mit allen anderen demokratischen Parteien, die AfD von konkreter Regierungsmacht fernzuhalten und eine Zusammenarbeit CDU-AfD zu verhindern. Dazu kann es notwendig sein, auch zu Bündnissen ins bürgerliche Lager hinein bereit zu sein, ohne die Eigenständigkeit ihrer Positionen und ihre Kritik an anderen politischen Akteuren aufzugeben.

77 57. Die Linke muss die Utopie einer besseren Gesellschaft ausdrücken können, die

78 Sehnsucht danach beflügeln und die Zuversicht stärken, dass eine bessere Welt möglich

79 ist.

## Zeilen 100-108: Klassenbegriff(e) näher ausleuchten

100 Alle anderen Menschen - Arbeitende, Erwerbslose, Auszubildende, Studierende, Rentnerinnen,

101 Selbstständige und Künstlerinnen - sind diesem ungerechten System ausgeliefert. Sie

102 erarbeiten den Reichtum mit ihrer Arbeitskraft, erhalten jedoch kaum etwas davon. Im

103 Gegensatz zu den Reichen und Mächtigen ist sich die Mehrheit der Gesellschaft ihrer

104 gemeinsamen Interessen viel seltener bewusst. Es fehlt an Vernetzung und erreichbaren

105 Zielen. Aber auch innerhalb der Klasse derer, die nicht von großen Kapitaleinkünften leben, ist die

Entwicklung in den letzten Jahrzehnten sehr ungleich verlaufen. Wer eine gut qualifizierte Position in der

Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst innehat, in tariflich gut abgesicherten Großbetrieben arbeitet oder

in freien Berufen tätig ist, oder einen Beruf mit einem stark nachgefragten, komplexen technischen oder

organisatorischen Profil ausübt, konnte die Veränderungen gut mitgehen oder sogar davon profitieren.

Diejenigen, die beruflich überwiegend körperliche Arbeit leisten, in nicht-akademischen Care-Berufen oder in

einfachen Dienstleistungsberufen tätig sind (die „Arbeiter\*innenklasse“ im engeren Sinn) profitierten dagegen

kaum von der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie mussten oft Verschlechterungen von Einkommen und

Arbeitsbedingungen sowie die Entwertung von Berufserfahrung hinnehmen, verloren tarifliche

Errungenschaften und soziale Absicherung. Die Erkenntnis der Pandemiejahre, dass gerade diese Arbeiten

„systemrelevant“ sind und ohne sie nichts geht, hat daran wenig geändert. Gerade in diesem Teil der

arbeitenden Bevölkerung hat sich die ~~Zugleich wird seit vielen Jahren die Erfahrung gemacht~~verfestigt, dass die

ihre Interessen durch

106 die herrschende Politik nicht wahrgenommen werden und das Recht auf soziale Sicherheit und

107 eine positive Zukunftsaussicht genommen wird. Daraus entstehen Wut und Ohnmacht, die sich nicht

automatisch gegen ~~-Dieser~~

108 ~~Zustand wird durch~~ die Reichen und Mächtigen aufrechterhalten und weiter vorangetriebenrichten.

## Zeilen 109-113: Weltpolitische Lage

109 Veränderungen der weltpolitischen Lage, die sich seit längerem vorbereitet haben, aber immer wieder

verzögert wurden, vollziehen sich jetzt hart und schnell. Die USA unter Trump ziehen sich aus Europa zurück

und konzentrieren sich auf die Auseinandersetzung mit China, die sie zunächst in Form eines Zoll- und

Handelskrieges führen. Sie brechen aus der vertrags- und regelbasierten Weltordnung aus, zu der sie auch

bisher ein oft halbherziges Verhältnis hatten. Nach dem Austritt aus der WHO und dem Pariser

Klimaabkommen, dem Rückzug aus dem UN-Flüchtlingshilfswerk, der UNESCO und dem UN-Hilfswerk für

Palästina-Flüchtlinge, ignorieren die USA jetzt auch die Regeln der Welthandelsorganisation. Von der

Ankündigung Trumps, den Krieg in der Ukraine binnen 24 Stunden zu beenden, ist wenig übriggeblieben. Die israelische Regierung kann sich von Trump ermutigt sehen, den Krieg in Gaza fortzuführen und auszuweiten. Konflikt, Krieg und globale Wirtschaftskrise begleiten den Kurs der US-Regierung. Auch die chinesische Führung weitet ihre autoritäre Kontrollpolitik nach innen und ihre Politik der militärischen Machtdemonstration nach außen aus. Ihre Haltung zu einer regelbasierten internationalen Ordnung ist gespalten: Menschenrechtliche Standards nein, handelspolitische Verlässlichkeit ja.

Die erneute Präsidentschaft Trumps ist kein normaler Regierungswechsel. Es geht um den Aufbau eines autoritären Staates: Die Angriffe auf Kultur, Wissenschaft, Opposition, Bürgerrechte sind gezielt und dramatisch. Die übliche bürgerliche Arbeitsteilung zwischen politischer Führung und wirtschaftlicher Macht wird aufgegeben. In den USA sehen wir die Rückkehr eines Monopolkapitalismus, in dem politische und  
110 ökonomische Macht unmittelbar verschmelzen. Trump beendet das amerikanische Zeitalter, den  
111 Neoliberalismus und die westliche Bündnisarchitektur. Viele Großkonzerne und bürgerliche  
112 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik  
113 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten.

Durch die Neuvermessung der Einflussphären ist offen, wie die Zukunft Europas aussieht. Die russische Führung zeigt wenig Interesse, den Ukrainekrieg auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Sie verfolgt weiterhin das Ziel, ihren Einflussbereich auszudehnen, die EU zu destabilisieren und zur dominierenden Vormacht in Europa zu werden. Dem steht eine wirtschaftlich und demografisch überlegene, aber politisch und militärisch zersplitterte EU gegenüber, die auf Sanktionen und Aufrüstung setzt. Es ist möglich, dass sich daraus ein langanhaltender, hybrider, asymmetrisch geführter Konflikt entwickelt, der weiterhin Menschenleben kostet, Ressourcen verschlingt und die Bewältigung der globalen Menschheitsfragen verunmöglicht.

Die europäische Linke muss auf diese Herausforderungen eine Antwort finden, die einerseits die Bedrohungen von Frieden und Demokratie ernst nimmt und andererseits vermeidet, ihrerseits in die Logik von Konfrontation und bloßer Machtpolitik zu fallen. Völkerrecht, Kooperation zu den globalen Fragen, Aufwertung globaler Institutionen und der Rechte der kleineren Staaten sind dabei zentrale Bezugspunkte.

## **Zeilen 115-119: Innenpolitische Kräfteverhältnisse, Einschätzung neue Bundeskoalition**

114 In Deutschland verkörpert Merz den Wandel vom neoliberalen Transatlantiker zum autoritären  
115 Rechtspopulisten. Es ist zu erwarten, dass eine BundesregierungDer Wahlkampf der CDU unter Führung von  
Merz war davon geprägt,

116 sich wenig um die Lösung realer Probleme zu bemühen-wird, sondern ebenfalls Schritte zu einer  
117 autoritären Ökonomie gehen-wird zu fordern: Aufrüstung um der Aufrüstung willen, Steuergeschenke an  
118 Konzerne und Reiche, Verzicht auf politische Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung,  
119 Schaffung eines Schattenarbeitsmarkts durch Illegalisierung von Zuwanderung. Die  
Einschüchterungsversuche gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Bereitschaft,  
parlamentarische Mehrheiten mit der AfD zu suchen, passen dazu.

Für eine Regierungsmehrheit unter Einschluss der AfD gibt es jedoch bislang in Deutschland keine Akzeptanz.  
Das ist die Basis für die schwarz-rote Koalition, die zudem für Verfassungsänderungen und für aktive  
Mehrheiten im Bundesrat auf Grüne und Linke angewiesen ist. Die Union hat zentrale Wahlversprechen  
abgeräumt (Festhalten an der Schuldenbremse, Steuersenkungen für hohe Einkommen), aber bei Migration  
und Bürgergeld einen Kurs der maximalen Härte durchgesetzt, der offen menschenrechtsverletzende  
Maßnahmen einschließt. Die SPD konnte eine Reihe von Unionsangriffen auf sozialpolitische Standards  
blockieren (Rentenniveau, Mindestlohn, doppelte Staatsbürgerschaft). Schwarz-Rot wird die  
Transformationspolitik der Ampel nicht komplett zurückdrehen, aber genau wie die Ampel keinen sozialen  
Ausgleich und keine Umverteilung nach unten betreiben (Klimageld oder Kindergrundsicherung sind endgültig  
beerdigt).

## Zeilen 124-134: Politik gegen rechts

124 Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Menschen auf die Straße um gegen Rechts und für  
125 "die Demokratie" Gesicht zu zeigen und dem Rechtsruck nicht tatenlos zuzusehen. Das ist ein ermutigendes Zeichen und ein starker Faktor, um die Normalisierung der AfD und die Bildung rechter Mehrheiten mit ihr zu verhindern. Allerdings  
126 wird dieser bürgerliche Antifaschismus Der antifaschistische Protest allein kann jedoch den weiteren  
Aufstieg der Rechten nicht verhindern. Wer das  
127 soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert, bereitet den  
128 Nährboden für die AfD. Das Erstarren faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch  
129 ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die durch vergangene  
130 Regierungen verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung haben rechten Kräfte  
131 massiv Auftrieb verliehen. Wir brauchen daher eine Umkehr in der Wirtschafts- und  
132 Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben.  
133 Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, es ist im Ergebnis eine antifaschistische  
134 Wirtschaftspolitik.

Ebenso wichtig ist, die rechte Deutungshoheit zu brechen, die in zentralen Politikfeldern besteht: Migration/Einwanderungsgesellschaft, Sicherheitspolitik, Außenpolitik/Verteidigung. Das können wir als linke Partei nicht allein erreichen. Bei Finanzpolitik/Schuldenbremse, Klimapolitik und Umverteilung sind die Hegemonieverhältnisse umkämpft und offener. Das zeigt, wie es geht: Wir brauchen gesellschaftliche Bündnisse, Stimmen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, aber auch eine kritische und fordernde Debatte gegenüber SPD und Grünen, eine Mischung aus einer anderen Vision und konkreten Lösungsangeboten. Was genau die neue Regierungskoalition wirklich umsetzen wird, wird stark davon abhängen, wofür es gesellschaftliche Akzeptanz gibt.

## Zeilen 135-140: Maßnahmen gegen die Macht der Superreichen und des neuen Monopolkapitalismus

135 Wer Demokratie wirklich verteidigen will, muss sie ausbauen- Wir brauchen mehr  
136 demokratische Kontrolle. Auch deshalb ist die Besteuerung großer Vermögen wichtig. Denn:  
137 Viel Geld bedeutet viel Einfluss. Das widerspricht der Grundidee einer Demokratie. Unser  
138 Ziel ist ein Wirtschaftssystem, in dem nicht eine Handvoll Familien die Hälfte des  
139 Vermögens besitzt, sondern ein System, in dem Entscheidungen demokratisch getroffen  
140 werden. Seit den 1980ern wächst das Kapitaleinkommen immer schneller als der gesellschaftliche Reichtum, weil immer weniger Umverteilung stattfindet. Dieser Trend muss gebrochen werden. Über Steuerpolitik hinaus müssen wir aber auch die Einschränkung von Kapitalmacht durch politische Regulierung und Veränderung von Eigentumsverhältnissen auf die Tagesordnung setzen. Dabei stehen die neuen monopolistischen Strukturen der High-Tech-Konzerne und ihr Einfluss auf Meinungsbildung und Öffentlichkeit in besonderer Weise im Fokus.

### Zeile 142

141 Wir als Linke glauben: Veränderung ist nur möglich, wenn sich die breite Mehrheit von  
142 Menschen zusammenschließt, und politisch organisiert und solidarisiert.

## ÄA Nr. 10: Zeilen 185-192: Einheit und Vielgestaltigkeit

185 Diese Erfahrungen haben uns gezeigt, welche Kraft wir entfalten können – lokal als auch  
186 auf Bundesebene, wenn wir als Partei einen gemeinsamen Plan verfolgen und langfristig  
187 strategisch handeln. Wenn wir unsere Aktiven gezielt und systematisch ausbilden. Wenn wir  
188 uns in Form von Kampagnen auf wenige Themen und Forderungen fokussieren. Und wenn wir uns  
189 von den Kreisverbänden bis zur Bundesebene auf die gleiche Erzählung sowie Sprache stützen  
190 und verständlich kommunizieren. So waren wir in der Lage, auf die Neuwahlen schnell zu  
191 reagieren und gestärkt sowie gut vorbereitet in den Wahlkampf zu ziehen. In diese Richtung

192 wollen wir nun weitergehen. Unser Ziel ist jedoch, Verhältnisse zu verändern, nicht nur die eigenen Stimmen und Mandate zu maximieren. Dafür müssen wir eine langfristige Strategie entwickeln, die Parteaufbau, Kampagnenfähigkeit, aber auch Bündnispolitik, realpolitische Einflussnahme und programmatische Weiterentwicklung verbindet.

## **Zeile 204, redaktionell**

An vielen

202 Orten in diesem Land ist diese Klasse stark durch die Migrationsgeschichte vieler ihrer  
203 Mitglieder geprägt. Zu ihr gehören auch diejenigen, die unbezahlte Sorgearbeit verrichten,  
204 vor allem von überwiegend-Frauen.

## **Zeilen 207: Klassenbegriffe(e) klären und auseinanderhalten**

Die Stärke der arbeitenden Klasse besteht darin, sich

206 zusammenschließen. Wir lassen uns nicht spalten. Für uns gilt der Grundsatz: niemals  
207 allein, immer gemeinsam. Das können wir aber nur erreichen, wenn wir auch die großen Unterschiede wahrnehmen und politisch bearbeiten, die innerhalb derer existieren, die nicht von Kapitalvermögen leben. Abtreibungsrecht, Betreuungsangebot und Schutz vor Gewalt können eine größere Auswirkung auf die Lebenschancen und Abhängigkeiten von Frauen haben als soziale Klassenfragen. Dasselbe gilt für Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsrecht und Diskriminierungsschutz für Menschen mit Migrationsgeschichte. Wir lehnen eine auf nationale Privilegien verengte Klassenperspektive ab, aber wir nehmen zur Kenntnis, dass besser qualifizierte, mobile Beschäftigte oft von der Globalisierung profitiert haben, während Beschäftigte mit Berufserfahrung, aber schwächerer formaler Qualifikation, häufig die Zeche bezahlt haben. Solidarität heißt immer: Einheit trotz Unterschiedlichkeit, und Gemeinsamkeit nicht nur bei dem, was alle betrifft.

208 Wir betrachten es als die zentrale Aufgabe der Linken, sich in der Arbeiter\*innenklasse zu  
209 verwurzeln, um die Durchsetzungskraft von uns allen gegen „die da oben“ zu erhöhen. Dafür  
210 müssen wir es schaffen, die Arbeiter\*innenklasse in ihrer Vielfalt wieder anzusprechen.  
211 Dazu wollen wir beitragen, indem wir uns gezielt in den Betrieben und den Stadtvierteln  
212 organisieren.

## **Zeile 225**

225 Als moderne Klassenpartei wollen wir eine Kultur schaffen, die es arbeitenden-~~allen~~ Menschen  
226 ermöglicht, in unserer Partei mitzuwirken, vor allem auch dann, wenn sie keine  
227 akademische Ausbildung haben und in Berufen arbeiten, die in der Politik sonst unterrepräsentiert  
228 sind.

## **Zeile 272**

270 ... Besonderer Fokus soll dabei auf den  
271 Gruppen liegen, die in unserer Gesellschaft den Kürzeren ziehen: Frauen, Queere,  
272 Arbeiter\*innen, von Rassismus oder Antisemitismus betroffene, Rentner\*innen, Erwerbslose sowie  
273 Menschen mit Behinderungen.

## **Zeilen 274-280: Verhältnis der Ebenen, Zusammenarbeit Bund-Länder**

274 Auswerten und Lernen: Wir wollen in unserer Partei eine Kultur des Lernens und der  
275 Fehlertoleranz fördern. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem wir offen über Misserfolge  
276 sprechen, aus ihnen lernen und uns kontinuierlich verbessern. Mit den Workshops zur  
277 feministischen Parteipraxis haben wir versucht, eine neue Fehlerkultur zu etablieren.  
278 Diese wollen wir fortführen und ausbauen. Hierfür wollen wir alle unsere Aktivitäten an  
279 messbaren Zielen orientiert auswerten. Außerdem schaffen wir neue Räume für Austausch,  
280 Debatten und Reflektion.

Wir finden es gut, dass es Städte, Landkreise und Bundesländer gibt, wo Die Linke an der Regierung beteiligt ist. Das gibt uns die Möglichkeit, praktisch zu zeigen, dass Die Linke einen Unterschied macht. Das muss sie dann

aber auch – nicht in jeder einzelnen Frage, aber in der Gesamtheit der Politik und mit wahrnehmbaren Projekten. Wir wollen den Austausch darüber fördern und dafür sorgen, dass wir die Perspektive derjenigen in der Linken, die exekutive Verantwortung übernehmen, hören, diskutieren und einbeziehen.

## **Zeile 280: Bundesratsabstimmung**

Die neue neue Koalition aus Union und SPD hat als Teil ihrer Koalitionsvereinbarungen noch im alten Bundestag eine partielle Lockerung der Schuldenbremse eingebracht und nach Verhandlungen mit den Grünen beschlossen. Sie besteht aus einer Sonderregelung für Rüstungsausgaben (die ab einer Höhe von 1 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt nicht mehr auf die Schuldenbremse angerechnet werden), einem kreditfinanzierten 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur (von dem 100 Milliarden an die Länder gehen und 100 Milliarden in den Klima- und Transformationsfonds), sowie einem zusätzlichen Verschuldungsspielraum für die Bundesländer (künftig sind 0,35 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt als Nettoneuverschuldung erlaubt).

Als Linke haben wir die einseitige Aufhebung der Schuldenbremse für Militärausgaben ebenso kritisiert wie die Weigerung, die Schuldenbremse grundsätzlich zu reformieren. Auch das Verfahren, die Grundgesetzänderung noch im alten Bundestag zu beschließen, um nicht mit der Linken verhandeln zu müssen, haben wir abgelehnt. Im Bundestag wurde alles dennoch mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen beschlossen.

Dass die links mitregierten Bundesländer Bremen und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat dem Paket zugestimmt haben, hat nachvollziehbar Unverständnis ausgelöst. Auch wenn es nicht möglich ist, dass Abstimmungen im Bundesrat immer genauso ausfallen wie im Bundestag, ist es wichtig, dass wir bei Entscheidungen von besonderer Bedeutung frühzeitig beraten, wie wir vorgehen, Abwägungsprozesse transparent machen und uns auf gemeinsame inhaltliche Positionen beziehen. Bestehende Formate sind dafür nicht ausreichend und im Zweifelsfall zu spät. Wir werden daher gemeinsam Vorschläge erarbeiten, wie wir bei Fragen von herausgehobener Bedeutung schneller gemeinsam beraten, unsere Kommunikation und möglichst auch das Abstimmungsverhalten zwischen den verschiedenen Ebenen abstimmen.

### Begründung

Der Änderungsantrag versteht sich als Alternativantrag zum Änderungsantrag, den der Parteivorstand an seinen eigenen Leitantrag eingereicht hat. Die Grundintention des PV-Änderungsantrags, sich besser und früher abzustimmen, ist richtig. Der Text des PV-Änderungsantrags ist aber aus mehreren Gründen sehr problematisch. Er impliziert, dass es der Normalfall wäre, dass im Bundesrat immer so abgestimmt wird wie im Bundestag (was nicht generell möglich ist). Er beansprucht für den Parteivorstand die Entscheidung, wann es sich um Fragen handelt, die „die Grundfesten des Parteiprogramms betreffen“ (was dem PV nicht zusteht). Er formuliert den Anspruch, dass der PV zentrale, bindende Entscheidungen für das Verhalten auf anderen Ebenen (Bundesländer, Kommunen) treffen kann (was nicht möglich ist und unserem Demokratieverständnis widerspricht). Und er übersieht, dass „verbindliche, gemeinsame Entscheidungsprozesse“ in der Praxis nur heißen kann, die Länder vollziehen nach was die Bundestagsfraktion macht – denn dass die Bundestagsfraktion in ihrer Rolle als Oppositionsfraktion ihr Abstimmungsverhalten zur Disposition stellt, ist nicht realistisch und würde auch den unterschiedlichen Rollen nicht gerecht.

## **Zeilen 293-300: Abgeordnete**

293 Kampagnenfähige Abgeordnete: Unseren Abgeordneten kommt neben der parlamentarischen Arbeit

294 in unserer Kampagnenführung eine wichtige Rolle zu. Sie haben einen privilegierten Zugang  
295 zu Öffentlichkeit und Informationen. Unsere Abgeordneten organisieren ihre Arbeit und  
296 stellen ihre Büros so auf, dass sie in der Lage sind, Kampagnen zu unterstützen und  
297 möglichst viel Öffentlichkeit zu generieren. Es ist entscheidend, dass sie ihre  
298 politischen Themen auf allen Ebenen mit der Erzählung der Partei nach außen kommunizieren.  
299 ~~Dafür definieren wir, was wir von unseren Abgeordneten erwarten.~~–Wir werden ein Konzept

300 erstellen, wie unsere Abgeordneten unterstützt werden, gute Kampagnenarbeit zu machen. Gleichzeitig sind unsere Abgeordneten sehr viel stärker mit der Gesamtheit der politischen Realität und der gesellschaftlichen Interessen konfrontiert als andere in der Partei. Diese Erfahrungen sollen sie innerparteilich einbringen, damit das, was wir propagieren, nicht nur in unserem engen Umfeld funktioniert. Wir wollen gemeinsam Formate entwickeln, wie wir den gegenseitigen Austausch verbessern und die gegenseitigen Ansprüche konkretisieren können.

### **Zeilen 330-333: Erhalt der RLS-Regionalbüros**

330 Als Linke wollen wir Orientierung bieten, Perspektiven entwickeln und aufzeigen,  
331 überzeugen und konkrete politische Konzepte vorschlagen. Außerdem streben wir ein  
332 produktives Verhältnis zum intellektuellen und bewegungsnahen Umfeld unserer Partei an, um  
333 Konflikte von links aufzugreifen und zu begleiten. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es gehört zu den positiven Effekten unseres Wahlergebnisses, dass der befürchtete Mitteleinbruch bei der Stiftung nun sehr viel geringer ausfallen wird. Wir gehen davon aus, dass nun insbesondere der Erhalt aller bisherigen Regionalbüros in den Bundesländern wieder möglich ist und zeitnah umgesetzt wird.

### **Zeilen 334-342: Programmprozess**

334 Programmprozess: Eine sozialistische Mitgliedspartei muss auf der Höhe der Zeit agieren.  
335 Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen Programmprozess abzuschließen. Dabei  
336 binden wir sowohl unsere vielen neuen als auch die erfahrenen Genossinnen und Genossen so  
337 weit wie möglich ein. Wir müssen eine neue analytische Klarheit erlangen und sprechfähig  
338 sein. Dabei geht es darum, unser Programm an einigen Punkten im Heute zu verankern.  
339 Gesellschaftliche Veränderungen bringen auch inhaltliche Konflikte mit sich, die wir nicht  
340 scheuen. Wir werden in einem Prozess der programmatischen Erneuerung gemeinsam mit den  
341 Menschen in diesem Land Antworten jenseits von Entsolidarisierung, Abschottung und  
342 Autoritarismus suchen und finden. Der Parteivorstand beruft daher umgehend – in Abstimmung mit den Landesverbänden und dem Parteirat – eine Programmkommission. Diese legt dem Parteivorstand bis Herbst 2025 ein Konzept zur inhaltlichen und strukturellen Organisation des Programmprozesses vor. Dabei sollen insbesondere die Themen in den Fokus genommen werden, von denen wir wissen, dass sie zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen betreffen und dass wir eigenen Diskussionsbedarf haben. Der Programmprozess muss die unterschiedlichen Positionen in der Partei verständnis- und ergebnisorientiert miteinander in die Debatte bringen, eine breite Beteiligung der Mitgliedschaft vorsehen und externe Expertise mit einbeziehen. Die Programmkommission übernimmt auch den redaktionellen Prozess der Erstellung eines ersten Entwurfs für einen Leitantrag zur Programmänderung, der vom Parteivorstand bis Ende 2026 beschlossen wird und noch alternative Formulierungen enthalten kann. Hierzu findet nochmals ein Diskussions- und Beteiligungsprozess statt, der in einen endgültigen Leitantrag des PV für einen Parteitag 2027 mündet. Zu diesem gilt das normale Antragsverfahren.

### **Zeilen 343-348: Frieden**

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,  
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos  
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt  
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen. Wir treten allen Versuchen entgegen, Krieg als Mittel nationaler Interessenpolitik zu normalisieren. Angesichts der ungebrochen fortgesetzten Kriege in der Ukraine und in Israel/Palästina und weiteren, zum Teil bereits lange andauernden Kriegen (Sudan, Kongo), einer aggressiver werdenden Rivalität USA-China und einer beschleunigten Aufrüstung EU-Russland, treten wir weiterhin für diplomatische Initiativen zur Eindämmung und Beendigung von Kriegen an. Wir stellen uns aber auch den Fragen, was Verteidigungsfähigkeit konkret bedeutet und wie wir uns positionieren, wenn das Völkerrecht von den stärksten Mächten offen negiert wird und die internationale Gemeinschaft die Angegriffenen nicht schützen kann.



348 Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.

### **Zeilen 349-356: „Anti-Establishment“**

349 Glaubwürdigkeit und ~~Anti-Establishment~~Erneuerung: Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt  
350 ~~zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Unsere Parlamentsfraktionen müssen Erfahrung und~~  
Erneuerung verbinden. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für

351 ~~eine Mandatszeitbegrenzung von maximal drei Perioden ein, die in der Regel nicht länger als drei~~  
Wahlperioden dauern soll. Unsere Abgeordneten leisten erhöhte Mitgliedsbeiträge und finanzieren vielerorts  
Abgeordnetengemeinschaften, unterstützen kommunalpolitische Vereinigungen und spenden an  
zivilgesellschaftliche Organisationen. Als zusätzliches Element streben wir an, Und wir wollen, dass alle

352 Abgeordneten der Linken einen Teil Ihrer Diäten an Sozialfonds ~~der Partei~~ spenden, um  
353 Menschen in akuten Notlagen zu helfen. Unsere Mandatsträger:innen halten wir dazu an,  
354 Transparenz über ihre Einnahmen und Spenden herzustellen. ~~Ein Mandat der Linken~~  
355 ~~verpflichtet dazu, sich am Parteaufbau zu beteiligen und sich in den Dienst der Partei zu~~  
356 ~~stellen.~~

### **Zeilen 384-391: Parlamentarische und exekutive Arbeit**

384 Parlamentarische Arbeit: ~~Unsere Aufgabe besteht darin, in Parlamenten die Stimme der~~  
385 ~~arbeitenden, armen und benachteiligten Menschen zu sein. Eine Lobby für diejenigen, die~~  
386 ~~sonst keine haben. Wir schauen der Regierung auf die Finger, stellen Fragen und klären~~  
387 ~~auf. Wir behalten auch in den Parlamenten die Perspektive derjenigen bei, die nicht von Kapitaleinkommen~~  
leben, die lohnabhängig, prekär beschäftigt oder erwerbslos sind, die unterdrückt, benachteiligt, ausgegrenzt  
sind. Die soziale Frage ist für uns der Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Dort, wo wir kommunal, auf

Landes- oder Bundesebene in Parlamenten sitzen und

388 regieren, arbeiten wir für die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Mehrheit und  
389 benachteiligter Minderheiten. Wir streben Reformen an, die die Lage der Menschen  
390 systematisch verbessern und auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft und Politik  
391 abzielt. Unsere Arbeit in den Parlamenten und vor Ort bilden für uns eine Einheit.

### **Zeilen 405-419: „Gemeinschaft“**

405 Wir verstehen uns als demokratische Sozialist\*innen und stellen diese Vorstellung  
406 zunehmend in den Fokus. Das bedeutet für uns ein Miteinander, statt gegeneinander - selbst  
407 zu bestimmen, statt bestimmt zu werden. Freiheit des Individuums und der Gesellschaft,  
408 fernab von wirtschaftlichen Zwängen.

409 Unsere Utopie heißt GemeinschaftSolidarität. Nach dieser Idee richten wir uns eigene politische  
410 Praxis innerhalb der Partei, mit der Partei sowie unsere parlamentarische Arbeit. Wir  
411 kämpfen gegen die Vereinzelung an allen Stellen und stiften Utopien für ein besseres,  
412 gemeinschaftliches Leben für Alle. In der Partei etablieren wir eine Kultur des  
413 Willkommens und der revolutionären Freundlichkeit. Wir wollen ein Ort der Gemeinschaft  
414 sein, wo Menschen sich wohlfühlen, Freund\*innen finden und gemeinsame Utopien entwickeln.  
415 Mit der Partei organisieren wir Nachbarschaftsarbeit, Straßenfeste und bringen Menschen  
416 mit gemeinsamen Interessen zusammen und unterstützen sie bei der gemeinsamen  
Organisierung

417 gegen Miethaie und dreiste Arbeitgeber\*innen. Parlamentarisch wie auch  
418 außerparlamentarisch fordern wir den Ausbau, Erhalt, die Verbesserung und die Rückholung  
419 öffentlicher Strukturen, um die Vielen zu entlasten.